



Kantonsratsbeschluss

betreffend Erweiterung des Kiesabbaugebiets Bethlehem, Gemeinde Menzingen

Bericht und Antrag der Kommission für Raumplanung und Umwelt
vom 5. November 2015

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Kommission für Raumplanung und Umwelt führte am 5. November 2015 eine halbtägige Sitzung durch. Das Hauptthema dieser Sitzung war die einleitend erwähnte Vorlage des Regierungsrats. Von Seiten der kantonalen Verwaltung nahmen an der Sitzung Landammann und Baudirektor Heinz Tännler, Kantonsplaner René Hutter, Sarah Kehl, juristische Praktikantin der Baudirektion, und Paul Baumgartner, stellvertretender Generalsekretär der Baudirektion, teil. Das Protokoll führte Christa Hegglin Etter, Obfelden.

Unseren Bericht gliedern wir wie folgt:

1. Ausgangslage
2. Fragenrunde und Eintretensdebatte
3. Detailberatung und Schlussabstimmung
4. Antrag

1. Ausgangslage

Die Ausgangslage für diesen Kantonsratsbeschluss ist im Bericht des Regierungsrats ausführlich wiedergegeben, so dass darauf verwiesen werden kann. Kurz gesagt geht es darum, dass der Kantonsrat am 26. Februar 2009 eine Anpassung des kantonalen Richtplans beschlossen hat. Dabei wurde unter anderem beim Kiesabbaugebiet Bethlehem die Arrondierung «Bethlehem Süd» im kantonalen Richtplan festgesetzt. Damit im fraglichen Gebiet Kies abgebaut werden kann, genügt dieser Richtplaneintrag nicht. Nach dem vom Zuger Stimmvolk am 12. Juni 1988 gutgeheissenen Moränenschutzgesetz (Paragraph 3; BGS 711.7) muss in der Moränenlandschaft im Raum Menzingen–Neuheim und Umgebung (BLN-Objekt 1307) der Kantonsrat zusätzlich in Form eines allgemein verbindlichen Kantonsratsbeschlusses eine Ausnahmebewilligung für den Kiesabbau erteilen. Ein solcher Beschluss liegt noch nicht vor, weil dies bei der Richtplananpassung im 2009 vergessen wurde. Mit dieser Vorlage wird das damals Versäumte nachgeholt. Ein allgemein verbindlicher Kantonsratsbeschluss ist Voraussetzung dafür, dass der Regierungsrat für das Kiesabbaugebiet Bethlehem Süd eine kantonale Nutzungszone ausscheiden und eine Bewilligung für den Abbau von Kies erteilen kann.

2. Fragenrunde und Eintretensdebatte

Die Vertreter der Baudirektion informierten uns zu Beginn der Sitzung über den Inhalt des vom Volk beschlossenen Moränenschutzgesetzes. Das Moränenschutzgesetz will verhindern, dass neue Kiesabbaugebiete in der typischen Drumlin-Landschaft von Neuheim und Menzingen entstehen. Das Gesetz räumt dem Kantonsrat die Kompetenz ein, dass er Ausnahmebewilligungen für den Kiesabbau in Form eines allgemein verbindlichen Kantonsratsbeschlusses erteilen kann, sofern ein überwiegendes öffentliches Interesse vorliegt und dem Landschaftsschutz

grösstmögliche Schonung zukommt. 1997 hat der Kantonsrat bereits zwei Ausnahmegewilligungen zur Arrondierung von bestehenden Kiesabbaugebieten erteilt. In der vorliegenden Vorlage stellt der Regierungsrat dem Kantonsrat Antrag auf Erteilung einer weiteren Ausnahmegewilligung gemäss dem im 2008 erstellten Kieskonzept und der im 2009 bereits vom Kantonsrat beschlossenen Richtplananpassung. Mit der Arrondierung Bethlehem Süd kann auf einer ebenen Fläche von ca. drei Hektaren, welche heute intensiv landwirtschaftlich genutzt wird, rund eine Million Kubikmeter Kies abgebaut werden. Nach dem Kiesabbau wird die Grube wieder aufgefüllt und die Fläche soll rekultiviert und ökologisch aufgewertet werden. Die Eingriffe in die Landschaft sind gering und damit kann auf einer kleinen Landfläche relativ viel Kies abgebaut werden. Nach den Aussagen der Baudirektion ist dieses Gebiet auch wichtig für die Ablagerung von Aushubmaterial.

In der Fragenrunde erklärten die Vertreter der Baudirektion, dass bei der Diskussion über das Kieskonzept 2008 noch ein neues Abbaugelbiet Bethlehem Süd zur Diskussion gestanden habe, welches im 2009 nicht in den kantonalen Richtplan aufgenommen worden sei. Das nächste Abbaugelbiet, über das der Kantonsrat beraten wird, wird das Kiesabbaugebiet Hatwil in Cham sein. Dieses Gebiet wurde im 2009 als Zwischenergebnis in den kantonalen Richtplan aufgenommen. Bis zum Jahr 2020 muss der Regierungsrat zu diesem Abbaugelbiet dem Kantonsrat eine Vorlage unterbreiten. Der Einsatz von Recyclingmaterial anstelle von Kies war in der Fragenrunde ein wichtiges Thema. Der Baudirektor informierte uns, dass der Recyclingplatz Boden in Cham seit Kurzem in Betrieb sei und der Kanton damit die Möglichkeit habe, dass er in den Submissionsunterlagen den vermehrten Einsatz von Recyclingmaterial fordern könne. Zu Diskussionen führte auch der Kiesbericht 2014 der Baudirektion. Aus diesem Bericht geht hervor, dass der Exportanteil von Kies in andere Kantone noch nie so hoch war wie jetzt. Dazu kommt, dass rund 30 Prozent mehr Kies abgebaut wird als 2008 vorausgesagt wurde. Einzelne Kommissionsmitglieder fanden, dass diese Entwicklung hinterfragt und weiterverfolgt werden müsse. Spätestens bei der Festsetzung des Kiesabbaugebiets Hatwil im kantonalen Richtplan muss eine Grundsatzdiskussion zu dieser Frage geführt werden und es müssen die erforderlichen Abklärungen durch die Baudirektion getroffen werden. Von der Baudirektion erfuhren wir weiter, dass die Kiesreserven noch für ungefähr 14 Jahre reichen und die Bilanz bei den Kiesexporten und -importen über die letzten 15 Jahre betrachtet ausgeglichen ist und der Kanton in den freien Kiesmarkt nicht eingreifen kann. Auf die Frage, ob das öffentliche Interesse zur Erteilung der Ausnahmegewilligung gemäss Moränenschutzgesetz gegeben sei, erklärten die Vertreter der Baudirektion, dass laut Bundesgericht der Kiesabbau im nationalen Interesse liege und die Kiesabbau- und Deponieplanung überregional betrachtet werden müsse. So gesehen ist das öffentliche Interesse aus der Sicht der Baudirektion gegeben. Unsere Kommission erwartet vom Regierungsrat und der Baudirektion, dass sie aufgrund der steigenden Kiesabbau- und -exporten in den letzten Jahren der weiteren Entwicklung ausreichend Beachtung schenken und die erforderlichen Abklärungen getroffen werden, damit bei der Beratung über das Kiesabbaugebiet Hatwil eine vertiefte Diskussion zu allen relevanten Themen geführt werden kann.

Am Ende der Fragenrunde beschloss die Kommission für Raumplanung und Umwelt einstimmig und ohne Enthaltungen Eintreten auf die Vorlage Nr. 2554.2 – 15023.

3. Detailberatung und Schlussabstimmung

Bei der Detailberatung wurden keine Änderungsanträge zum Entwurf des Regierungsrats für den Kantonsratsbeschluss betreffend Erweiterung des Kiesabbaugebiets Bethlehem, Gemeinde Menzingen, gestellt. Unsere Kommission stimmte der Vorlage Nr. 2554.2 – 15023 kommentarlos zu.

In der Schlussabstimmung wurde die Vorlage Nr. 2554.2 – 15023 von der Kommission für Raumplanung und Umwelt mit 11 zu 4 Stimmen und ohne Enthaltungen angenommen.

4. Antrag

Die Kommission für Raumplanung und Umwelt beantragt dem Kantonsrat,

auf die Vorlage Nr. 2554.2 – 15023 einzutreten und dieser zuzustimmen.

Baar, 5. November 2015

Mit vorzüglicher Hochachtung

Im Namen der Kommission für Raumplanung und Umwelt

Der Präsident: Heini Schmid